

111. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
01. Juli 2011

Beitrag von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Verbindungen und Einflüsse Carsten Maschmeyers und seines Firmengeflechtes auf Politiker und Politik des Landes Niedersachsen - Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
- Drs. 16/3324 - Antwort der Landesregierung - Drs. 16/3706

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Januar wurden die „Panorama“-Beiträge „Der Drückerkönig und die Politik“ sowie „Carsten Maschmeyer: Die Unschuld vom Maschsee“ gesendet. In den Beiträgen wurde dargestellt, mit welchen Methoden Maschmeyers Strukturvertrieb AWD Tausende von Menschen um ihr mühsam Erspartes gebracht hat. Den AWD-Verkäufern wurde in Schulungen beigebracht, mit welchen Formulierungen und psychologischen Beeinflussungen sie Menschen dazu bringen konnten, Geld wider alle Vernunft in Anlagen mit hohem Risiko anzulegen und dafür oft auch noch Kredite aufzunehmen. Profiteur: Carsten Maschmeyer, der inzwischen mit einer halben Milliarde Euro Vermögen zu den 50 reichsten Deutschen gehört. Verlierer: Tausende von Kleinanlegern, die Maschmeyers AWD-Strukis über den Tisch gezogen und um das Ersparte für ihr Alter gebracht haben.

„Panorama“ zeigte auch, wie eng Maschmeyer mit hochrangigen Politikern persönlich bekannt und vernetzt ist. Bundespräsident Christian Wulff nennt Maschmeyer ausdrücklich seinen Freund.

(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz übernimmt den Vorsitz)

Anfang Februar haben wir unsere Große Anfrage zu diesen Themen eingereicht. Die Antworten der Landesregierung darauf sind allerdings dürftig und unvollständig. Wir haben in unserer Anfrage u. a. nach gemeinsamen Terminen, nach Verbindungen und Einflüssen von Niedersächsischen Ministerpräsidenten und Carsten Maschmeyer seit 1990 gefragt. Und dann antwortet uns die Landesregierung, dass Informationen darüber im Wesentlichen erst ab 2003 vorliegen. Ich bitte Sie! Das sind doch skandalöse Zustände! Jede Würstchenbude muss Unterlagen zehn Jahre lang aufbewahren, und in Niedersachsen ist schon nach acht Jahren nicht mehr nachzuvollziehen, was Ministerpräsidenten denn so getrieben haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Ministerpräsident David McAllister [CDU]: Sagen Sie das der SPD!)

Wo sind die Unterlagen geblieben? Wer hat sie wann entfernt oder geschreddert und warum?

Im Sinne der Transparenz von Politik fordern wir eine Überarbeitung der Vorgaben zur Aufbewahrung solcher Unterlagen. Das Thema ist hier noch nicht durch, meine Damen und Herren.

(Ministerpräsident David McAllister [CDU]: Dafür bin ich jetzt nicht auch noch zuständig!)

Wir erfahren, dass Gerhard Schröder im Mai 1998 erklärt hat, es habe mit Maschmeyer zu keinem Zeitpunkt Gespräche gegeben. Das klingt wenig wahrscheinlich, wenn man weiß, dass zweieinhalb Monate vorher, einen Tag vor der Niedersachsenwahl, Maschmeyer 600 000 DM in die Großanzeigenkampagne für Schröders „Der nächste Kanzler muss ein Niedersachse werden“ gesteckt hat. Bei einer weiteren Anzeigenkampagne für 150 000 DM für Gerhard Schröder bestreitet Maschmeyer, sie finanziert zu haben. Hat er recht? - Ich zitiere aus einem Brief von Axel Prümm, damals Chefredakteur beim Verlag markt intern, vom 13. Juli 1998 an eine Mitarbeiterin der Niedersächsischen Staatskanzlei, zu finden auf der Internetseite von „Panorama“:

„Weil Herr Maschmeyer naturgemäß Probleme damit hat, wenn denn nun ein zweites Mal“
- nach den 600 000 DM -

„herauskäme, dass er Herrn Schröder persönlich finanziell unterstützen wolle, habe ich ihm angeboten, für ihn als Clearingstelle aufzutreten. Wir sind übereingekommen, dass wir Ihnen den Betrag formal zur Verfügung stellen.“

(Christian Meyer [GRÜNE]: Aha!)

Umgangssprachlich nennt man so etwas Strohmännchen. Als Dank für Maschmeyersche Großzügigkeit wurde er dann von Ministerpräsident Glogowski - Schröder war inzwischen Kanzler - zu einem Essen im Gästehaus der Landesregierung eingeladen. Maschmeyer bestreitet zwar heute seine Teilnahme, hat aber kurz nach dem Essen einen Dankesbrief für den angenehmen Abend im Gästehaus geschrieben. Das ist der Beweis, dass Maschmeyer auch hier lügt.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Brief formuliert Maschmeyer ganz selbstverständlich - der Vorgang ist wohl gar nicht so ungewöhnlich - drei konkrete Punkte, die er sich für die gesetzlichen Regelungen zur Scheinselbstständigkeit wünscht. Zwei davon wurden umgesetzt, so hat uns die Landesregierung auf Anfragen im Mai geantwortet. Die Regelungen waren ganz im Sinne von Maschmeyers Geschäftstätigkeit.

So wäscht eine Hand die andere. Der Volksmund nennt das Filz, und das Volk wird verständlicherweise politikverdrossen. Die Linke wird diese unglaublichen Zustände überall und auch hier im Landtag bekämpfen. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Ära Wulff werden uns in der Antwort der Landesregierung einige Termine genannt, zu denen sich Maschmeyer und Wulff getroffen haben. Insgesamt gab es schon laut Antwort während Wulffs Regierungszeit mindestens zwölf gemeinsame Termine. Bei einem Mittagessenstermin im Januar 2004 steht in Klammern daneben „u. a. Optimierung Riester-Rente“. Wir können uns die Frage wohl selbst beantworten, ob die Riester-Rente für Maschmeyer oder für die vielen Tausend kleinen Anleger optimiert werden sollte.

Meine Damen und Herren, nachdem am Dienstag der vergangenen Woche nachmittags auf der „Panorama“-Internetseite zu lesen war, die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der Linken sei nicht vollständig und es habe weitere Termine gegeben, wurde ich richtig neugierig. Die „Panorama“-Sendung am gleichen Abend wurde sehr kurzfristig abgesetzt. Ich weiß nicht, warum, auf wessen Veranlassung, vielleicht auch auf welchen Druck hin. Aber mich macht das nach den Einschüchterungsversuchen Maschmeyers gegen die „Panorama“-Redaktion im Januar sehr nachdenklich.

Neben den vielen Boulevardblattfotos von Wulff, Schröder und Maschmeyer habe ich ohne Probleme im Netz Folgendes gefunden: Oktober 2008, Empfang in der Deutschen Botschaft in Peking. Ich zitiere von *RP-Online*:

„Schröder ist gekommen, in seinem Schlepptau immer noch große Namen ...: Der Chef der RWE-AG, Jürgen Großmann, ... Carsten Maschmeyer, ... VW-Chef Martin Winterkorn. Sie alle sind der Einladung Wulffs ... gefolgt.“

Warum fehlt dieser Termin in Ihrer Aufstellung? Das wollen Sie nicht gewusst haben?

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

März 2010, Internetseite der Johanniter: Ministerpräsident Christian Wulff und Unternehmer Carsten Maschmeyer starten Luftrettungssimulator. - Auch davon wollen Sie nichts gewusst haben?

(Zustimmung von Hans-Henning Adler [LINKE])

Dezember 2009, Nord-Süd-Dialog im Flughafen Hannover - zu lesen u. a. in der *HAZ* -, dabei auch Wulff und Maschmeyer. Der Nord-Süd-Dialog ist ein ausgewiesenes Netzwerktreffen zwischen Politik und Wirtschaft, das abwechselnd in Baden-Württemberg und Niedersachsen stattfindet. Schirmherren bis mindestens 2009: Christian Wulff und Günther Oettinger. Einer der Hauptsponsoren ist der AWD. Maschmeyer war natürlich dabei. Auch das wollen Sie nicht gewusst haben?

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nicht wahr. Auf der Internetseite von SAT.1 Regional finden sich Videos vom Nord-Süd-Dialog 2009. Die Moderatoren informieren gleich zu Beginn, dass die Veranstaltung auch auf stk.niedersachsen.de, der Seite der Staatskanzlei, live übertragen wird. Sie waren als Landesregierung in diese Veranstaltung voll involviert. Sie verschweigen uns absichtlich Termine, nach denen wir in unserer Großen Anfrage gefragt haben.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Christian Meyer [GRÜNE])

Warum reden Sie die Anzahl der Treffen runter? Warum antworten Sie nicht vollständig und wahrheitsgemäß? Warum brechen Sie die Niedersächsische Verfassung? Was haben Sie da zu verbergen?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie lassen mehr Fragen offen als Sie beantworten. Das werden wir nicht auf sich beruhen lassen. Diese undemokratischen Zustände, bei denen sich Politik massiv vom Profitinteresse Einzelner steuern lässt und der *rundblick* die berechtigte Frage stellt „Bananenland Niedersachsen?“, wird die Linke nicht hinnehmen. Das verspreche ich Ihnen. Wir reden hier weiter über dieses Thema.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die Landesregierung erteile ich nunmehr Herrn Minister Bode das Wort. Bitte sehr!

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Victor Perli [LINKE]: Was wusste Herr Hirche?)

- Bleiben Sie ganz ruhig. - Sehr geehrte Frau Flauger, nun mag es sein, dass ich Christian Wulff etwas besser kenne als Sie. Aber bitte glauben Sie mir: Deshalb ist es absolut unvorstellbar, dass Christian Wulff 2003 die Unterlagen von Sigmar Gabriel und Gerhard Schröder in der Staatskanzlei geschreddert hat. Das ist absolut unvorstellbar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Das habe ich nicht gesagt! Darauf lege ich Wert!)

Da Sie den Eindruck erweckt haben, es hätte jemand Druck auf das Magazin „Panorama“ oder auf den öffentlichen Fernsehsender ausgeübt, einen Beitrag nicht zu senden, kann ich Ihnen auch sagen, dass die Landesregierung diesen Druck selbstverständlich nicht ausgeübt hat. Falls von irgendjemand anderem Druck ausgeübt worden ist, so ist dies der Landesregierung nicht bekannt, und man würde dies auch nicht begrüßen. Vielmehr haben wir und auch unsere Mitarbeiter vor dem Fernseher gesessen und darauf gewartet, dass der Beitrag kommt, weil wir hofften, eventuell noch Dinge zu erfahren, auf die wir hätten eingehen können. - Das hat es also seitens der Landesregierung nicht gegeben.

Nun zu dem Vorwurf der unvollständigen Termine: Sehr geehrte Frau Flauger, Sie bekommen die Antworten auf das, was Sie gefragt haben. Wenn Sie die falsche Frage stellen, dürfen Sie sich über die Antwort nicht beklagen. In Ihrer Drs. 16/3706 heißt unter II. die Frage 10:

„Welche Gesprächstermine haben die jeweiligen Niedersächsischen Ministerpräsidenten seit ... mit Carsten Maschmeyer ... wahrgenommen?“

Die Veranstaltungen, die Sie hier aufgezählt haben, beispielsweise der Nord-Süd-Dialog, waren Veranstaltungen, an denen Carsten Maschmeyer vermutlich - ich weiß es selber nicht - als Gast teilgenommen hat. Es war kein dienstlicher Gesprächstermin zwischen den beiden. Deshalb war er hier auch nicht aufgeführt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ursula Weisser-Roelle [LINKE] lacht - Zuruf von Victor Perli [LINKE])

Damit es dieses Missverständnis nicht gibt, haben wir Sie bei der Beantwortung dieser Frage darauf hingewiesen, welche Termin aufgezählt und welche nicht aufgezählt worden sind, weil Sie danach nicht gefragt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Unternehmen AWD ist seit Beginn des Jahres 2011 durch Fernsehbeiträge des NDR in der Sendung „Panorama“ sowie durch sich anschließende weitere Medienberichte in die Schlagzeilen geraten. Die Kritik der Beiträge bezieht sich auf die Zeit, in der Herr Carsten Maschmeyer Geschäftsführer des AWD war. Kritisiert wurden zum einen die Kontakte von Herrn Maschmeyer zur Politik, zum anderen das Verhalten seiner Angestellten gegenüber Kunden sowie der Umgang mit der Presse.

Meine sehr geehrten Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, diese Berichterstattung haben Sie zum Anlass genommen, die Große Anfrage, mit der wir uns heute eingehend befassen, zu stellen. Sie haben vielleicht gehofft, dass die Antworten der Niedersächsischen Landesregierung in irgendeiner Form spektakulär ausfallen würden. Ich muss Sie, auch im Namen aller beteiligten Ressorts, jedoch enttäuschen. Die Antworten belegen, dass es, soweit wir dies aufgrund der lange zurückliegenden abgefragten Zeiträume umfassend und präzise beantworten konnten, nur übliche Kontakte zwischen der niedersächsischen Landespolitik und einem für Niedersachsen bedeutenden Unternehmen gegeben hat. Die Recherchen der Landesregierung haben weder hinsichtlich der Häufigkeit noch hinsichtlich der Intensität der Begegnungen außergewöhnliche Ergebnisse hervorgebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der Vielfalt und Komplexität von Finanzprodukten ist es sicherlich als sinnvoll anzusehen, sich geeigneter Beratung zu bedienen.

(Kreszentia Flauger [LINKE] lacht)

Da in diesem Zusammenhang das Problem unseriöser und fehlerhafter Beratung auf diesem Markt durchaus kein unbekanntes Phänomen ist, gab und gibt es verschiedenste politische Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene, diesem Problem zu begegnen. Der Politik kann daher nicht vorgeworfen werden, die Augen zu verschließen. Sie kann dem Verbraucher durch entsprechende gesetzliche Vorgaben jedoch auch nur bis zu einem bestimmten Punkt unterstützend zur Seite stehen. Es darf zudem nicht außer Acht gelassen werden, dass dem Verbraucher auch ein gewisses Maß an Eigenverantwortung zukommt und es in der letzten Anlagekonsequenz ausschließlich ihm obliegt, sich umfassend zu informieren und dann gegebenenfalls weitreichende finanzielle Entscheidungen für seine persönliche Anlage zu treffen.

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

Beurteilungen über einzelne Geschäfte und Anlageempfehlungen des AWD liegen uns nicht vor, sodass eine Beurteilung dieser Vorgänge nicht möglich ist.

Meine sehr geehrten Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, nun erlauben Sie mir zu den Antworten der Landesregierung im Einzelnen einige Ausführungen.

Der erste Teil Ihres Fragenkatalogs widmete sich Fragen zur Bewertung der Geschäftstätigkeit des AWD durch die Landesregierung, insbesondere zu eventuellen Verstößen gegen Gewerbe- und Steuerrecht sowie zu Zivil- und Strafverfahren gegen den AWD und dessen Geschäftsführer. Die Beantwortung dieser Fragen war teilweise nicht oder nur sehr generell gehalten möglich, da sie Sachverhalte betrafen, die entweder außerhalb des Kenntnisbereichs der Landesregierung lagen oder vom Steuergeheimnis gedeckt waren oder, wie die Fragen, gerichtliche Verfahren betreffen, nur durch unverhältnismäßig hohen Aufwand zu beantworten gewesen wären.

Zu der Frage nach Erkenntnissen der kommunalen Gewerbeaufsicht kann festgestellt werden, dass keinerlei Erkenntnisse dahin gehend vorliegen, dass die gemeldeten Firmen Allgemeiner Wirtschaftsdienst, Gesellschaft für Wirtschaftsberatung und Finanzbetreuung mbH, AWD Gruppe Deutschland GmbH sowie AWD Holding AG nicht über die erforderliche gewerberechtliche Zuverlässigkeit verfügen. Weiterhin besteht kein Grund, daran zu zweifeln, dass die kommunalen Behörden ihrer Aufgabenwahrnehmung nach § 34 c der Gewerbeordnung - hierbei handelt es sich um die Aufsichtsfunktion - nicht zufriedenstellend nachkommen. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Der Antwort zu Frage 5 können Sie jedoch entnehmen, warum es trotz dessen vorstellbar wäre, diese Aufgaben auf die BaFin zu übertragen. Ein deutlich verändertes Aufgabenprofil würde die Durchbrechung des Grundsatzes rechtfertigen können, diese Aufgaben durch die Länder und damit durch die Kommunen vollziehen zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihr Verständnis, dass zu den Fragen des Abschnitts II der Anfrage nach Gesprächsterminen, Auslandsdienstreisen, Sponsoringleistungen etc. aufgrund des langen Zeitablaufs - erfragt wurde der Zeitraum seit 1990 - nur eingeschränkt auf Unterlagen und Akten wie z. B. Terminkalender, Personalakten, Sachakten sowie Einladungs- und Gästelisten zurückgegriffen werden konnte. Diese Unterlagen sind auch nicht verschwunden, wie es teilweise behauptet wurde. Vielmehr ist es als ein normaler Vorgang zu werten, dass beispielsweise Terminkalender nicht archiviert werden. In der Regel konnten diese Fragen daher nur für den Zeitraum ab dem Jahr 2003 umfassend und präzise beantwortet werden.

Wie Sie aus der vorliegenden Drucksache ersehen können, wurden selbstverständlich die Erkenntnisse sorgfältig aufgeführt, die aus den vorhandenen Unterlagen ersichtlich waren. Dazu gehört auch, welche Sponsoringleistungen durch den AWD in den Jahren seit 2001 erbracht wurden. Darauf möchte ich jetzt etwas ausführlicher eingehen. Lassen Sie mich deshalb in diesem Zusammenhang erläutern, dass Sponsoringleistungen ab dem 1. August

2001 beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zentral systematisch erfasst werden. Davor wurden möglichen Leistungen nicht zentral, sondern fachbezogen in verschiedenen Ressorts registriert. In der Regel liegen hierzu keine Unterlagen mehr vor.

Die Landesregierung kommt mit der jährlichen Veröffentlichung der zentral systematisch erfassten Sponsoringlisten ihrer Selbstverpflichtung aus der Richtlinie zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung in der Landesverwaltung, der Antikorruptionsrichtlinie, nach. Daher sind die folgenden Zahlen weder geheim noch ungewöhnlich:

Die AWD Holding AG hat zwischen 2004 und 2010 regelmäßig als Sponsor das Sommerfest der Landesregierung in der Landesvertretung in Berlin mit einem Beitrag von jeweils 25 000 Euro unterstützt. In 2009 stellte sie zudem ca. 2 000 Teebecher mit aufgedrucktem AWD-Logo für die Gäste des Sommerfestes zur Verfügung.

Nachreichen möchte ich in dem Zusammenhang eine aktuelle Information, die seit Montag vorliegt und sich deshalb nicht in der schriftlichen Beantwortung der Anfrage wiederfinden kann: In diesem Jahr, also 2011, hat die AWD Holding AG das Sommerfest in Berlin mit 20 000 Euro unterstützt.

Ferner hat sie die folgenden Veranstaltungen der Landesvertretung in Brüssel mit diesen Beträgen gesponsert: Das Grünkohlessen 2004 und 2005 mit jeweils 2 500 Euro, das Grünkohlessen 2006 mit 4 500 Euro sowie das Spargelessen 2006 mit 4 000 Euro. Im Jahr 2005 hat die AWD Holding AG den Tag der Niedersachsen durch eine Geldleistung in Höhe von 9 860 Euro an das Ministerium für Inneres und Sport unterstützt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ungewöhnlich sind diese Zahlen deshalb nicht, weil die zuvor genannten Veranstaltungen auch von anderen Unternehmen in ähnlicher Höhe und Regelmäßigkeit finanziell unterstützt wurden, sei es durch Geld- oder durch Sachspenden.

Tatsache ist, dass derartige Veranstaltungen wie der Tag der Niedersachsen, den wir ganz aktuell am bevorstehenden Wochenende sicher wieder sehr erfolgreich und diesmal in Aurich begehen werden, oder die diversen Sommerfeste, Spargel- und Grünkohlessen ohne das Engagement der Privatwirtschaft nicht realisiert werden können. Das war früher - auch zu SPD-Zeiten - so, das ist zu unseren Zeiten so und das wird auch in Zukunft nicht anders sein.

Der abschließende Teil der vorliegenden Anfrage beinhaltete Fragen nach einer Bewertung des Verhaltens des AWD gegenüber der Presse und nach Informationen über Gerichtsprozesse gegen den NDR und dessen Journalisten. Die Beantwortung dieser Fragen war ebenfalls aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nur eingeschränkt möglich. Es steht der Landesregierung weder zu, die Reaktion von Herrn Maschmeyer und seinen Anwälten auf die „Panorama“-Beiträge zu kommentieren, noch ist es Aufgabe der Landesregierung, diese Vorgänge zu bewerten. Es obliegt der ordentlichen Gerichtsbarkeit im Rahmen der zivil- und strafrechtlichen Auseinandersetzungen, zu einer Bewertung zu kommen.

Die verfassungsrechtlich geschützte Rede- und Pressefreiheit, die sicher niemand der hier Anwesenden infrage stellen würde, schützt einen Rundfunksender wie den NDR vor jeglichen

staatlichen Eingriffen. Unter Beachtung des Gebotes der Staatsferne haben daher weder der Ministerpräsident noch andere Mitglieder der Landesregierung zu den rechtlichen Auseinandersetzungen Stellung genommen und werden dies auch in Zukunft nicht tun, genauso wenig wie die Landesregierung die weiter andauernde Berichterstattung kommentieren wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Mir liegt zunächst die Wortmeldung von Herrn Grascha von der FDP-Fraktion vor. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Grascha.

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses bedanken. In dem Fall war es besonders schwierig, weil mehrere Ministerien betroffen waren. Von daher von meiner Fraktion ein besonderes Dankeschön dafür.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es gibt nach meiner Einschätzung bei dieser Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE drei Sichtweisen. Die erste Sichtweise ist eine gesetzliche. Die zweite Sichtweise ist eine gerichtliche. Die dritte Sichtweise ist sicherlich die spannendste, nämlich eine politische Bewertung.

Bei der gesetzlichen Bewertung haben heute und auch in der Vergangenheit politische Verantwortungsträger festgestellt, dass der Finanzdienstleistungsmarkt stärker reguliert werden muss. Wir haben in der Vergangenheit schon entsprechende Regelungen verabschiedet, wonach Qualifikationen stärker geachtet werden, die Zulassung stärker beschränkt wird und Beratungsdokumentationen eindeutiger erfolgen. Diese Verschärfungen wurden durchgeführt. Weitere gesetzliche Verschärfungen sind vorgesehen. Darauf hat der Minister hingewiesen. Das ist sicherlich vor dem Hintergrund des Verbraucherschutzes richtig.

Es gibt ein weiteres Feld, nämlich das gerichtliche Feld. Darauf ist der Minister eingegangen. Es ist schwierig, in einzelnen Fälle der Falschberatung hineinzugehen. Das ist auch gar nicht unsere Aufgabe. Es ist nicht die Aufgabe des Parlaments, sondern es ist die Aufgabe von Gerichten, das zu klären. Von daher müssen wir einfach die ausstehenden Gerichtsentscheidungen abwarten.

Das Spannendste ist sicherlich die politische Bewertung. Frau Flauger ist darauf eingegangen. Es geht um die Frage, was eigentlich vor 2003 passiert ist. Die Antwort der Landesregierung darauf finde ich spannend. Das ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, was alles nicht darin steht und nicht darin stehen kann. Offensichtlich gab es am Ende der Ära Gerhard

Schröder einen sehr erfolgreichen Mitarbeiter in der Niedersächsischen Staatskanzlei, nämlich den Papierschredder. Hier ist offensichtlich gründlich an der Vernebelung des Systems Schröder/Steinmeier gearbeitet worden.

(Johanne Modder [SPD]: Ganz vorsichtig! - Weitere Zurufe von der SPD)

Dafür gibt es sicherlich Zitate. Die Berichterstattung in den Medien dazu ist sehr interessant. Es wird davon gesprochen, dass eine Begleitung des Wahlkampfes 1998 durch die Staatskanzlei stattgefunden hat. Dies geschah offensichtlich am Parteiengesetz und an der Verfassung vorbei. So sagte beispielsweise die ehemalige enge Mitarbeiterin von Gerhard Schröder, Bettina Raddatz, zu ihrer damaligen Arbeit - ich darf zitieren, Herr Präsident -:

„Es gibt nichts zu beschönigen. Ich habe unzulässigerweise aus der Staatskanzlei heraus Wahlkampf für Gerhard Schröder gemacht.“

Der frühere Verfassungsrichter Hans Hugo Klein sagt: Staatsorgane sind im Wahlkampf zur Neutralität verpflichtet. Gerhard Schröder hat mit seinem damaligen Adlatus Frank-Walter Steinmeier offensichtlich verfassungswidrig in der Staatskanzlei parteipolitische Arbeit geleistet.

(Björn Thümler [CDU]: Aha!)

Das ist nicht zu beschönigen. Das ist einfach unanständig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dann gibt es auch noch die Zusammenhänge mit Carsten Maschmeyer, Gerhard Schröder und der damaligen Rentenreform. Man mag sich selbst ein Bild machen. Ich möchte nur die zeitlichen Zusammenhänge darstellen. Zuerst unterstützt Carsten Maschmeyer mit einer anonymen Anzeige den damaligen Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder, Frank-Walter Steinmeier und damit auch die SPD, um an die Macht zu kommen. Anschließend entwirft das SPD-Mitglied Bert Rürup Vorschläge zur Rentenreform. Dieser gründet später mit dem Geschäftspartner Carsten Maschmeyer eine Gesellschaft u. a. zur Beratung in Finanzangelegenheiten. Die SPD und Gerhard Schröder setzen die Rentenreform durch. Schröder tritt später auf AWD-Veranstaltungen auf und lässt sich dafür bejubeln.

Ach ja, dann gibt es noch den damaligen Arbeitsminister, Walter Riester, SPD. Es ist nicht nur so, dass er der Rentenreform und damit der Rente seinen Namen gibt, nämlich der Riester-Rente, sondern noch heute verdient er nicht schlecht auf Veranstaltungen, bei denen er sich als sogenannter unabhängiger Referent feiern lässt.

(Björn Thümler [CDU]: Aha!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Grascha.

Christian Grascha (FDP):

Wer hier noch den Eindruck hat, es sei alles mit rechten Dingen zugegangen, der muss schon sehr gutgläubig sein.

Mein Eindruck ist eher: Die Herren Schröder, Steinmeier, Rürup, Riester und Maschmeyer haben erst auf Kosten der Allgemeinheit ihren persönlichen wirtschaftlichen Erfolg gesät und anschließend privat die Ernte eingefahren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Kein Wort zu Wulff? - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Dazu hat der Minister doch genug gesagt! Ich muss doch nicht die Antwort wiederholen!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Als Nächster hat sich Herr Haase für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Herr Haase, ich erteile Ihnen das Wort.

Hans-Dieter Haase (SPD):

Danke schön, Herr Präsident. - Herr Grascha, das war nichts! Da muss man sich mit einem bestimmten Thema befassen und startet dann einen Auftritt, einen völlig undifferenzierten und unbegründeten Gegenangriff, blendet Zeiten nach 2003 völlig aus,

(Johanne Modder [SPD]: Genau!)

statt gemeinsam darüber nachzudenken, was die Substanz dieser Großen Anfrage ist. Ich bin wirklich sehr enttäuscht; denn Sie reden dem Tenor der Anfrage der Linken das Wort.

(Beifall bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Genauso ist es! Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich will mich aber nicht weiter aufregen - ich habe auch wenig Redezeit. Es ist nicht gerade einfach, sich angesichts der medialen Berichterstattung im Vorfeld streng sachlich und nüchtern mit der Großen Anfrage der Linken und den Antworten der Landesregierung zu befassen.

Schon vor der heutigen Besprechung steht im Übrigen für die Linke schon fest - jedenfalls laut ihrer Pressemitteilung vom 22. Juni -, dass sie sich in all ihren Vermutungen bestätigt sieht. Sie haben meiner Meinung nach einige wenige gute Vorschläge in der Pressemitteilung verkündet, nämlich das Überdenken des Archivrechts oder die Aufarbeitung der unlauteren Praktiken am grauen Kapitalmarkt. Aber ansonsten steht für Sie laut Pressemitteilung schon vor der Diskussion heute fest, dass der AWD grundsätzlich mit Drückerkolonnen unlauter arbeite, dass Maschmeyer erfolgreich auf die Politik Einfluss genommen und seine Geschäftsinteressen durchgesetzt habe. Auch kommt der Vorwurf, die Landesregierungen - ob Schröder oder Wulff - seien käuflich gewesen.

Meine Damen und Herren, dieses politische Urteil steht fest, ohne dass die Antworten es meiner Auffassung nach hergeben. Da stellt sich schon ganz formal die Frage, was diese Große Anfrage eigentlich soll.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gute Frage!)

Stellt man sie, um Erkenntnisse zu gewinnen, um z. B. anschließend Entschließungsanträge oder Gesetzesinitiativen zu erarbeiten, oder aber, um Konsequenzen aus Fehlverhalten zu ziehen? Oder stellt man sie, um ein schon vorher gefasstes Urteil bestätigt zu bekommen - gleich, wie die tatsächlichen Antworten ausfallen? - Letzteres scheint mir hier leider der Fall zu sein.

Meine Damen und Herren, zur Sache: Es gab beim AWD unbestritten Graumarktgeschäfte, die viele Menschen um ihre Ersparnisse gebracht haben.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Also doch!)

Die Medien haben viele Beispiele dafür aufgezeigt. Dafür haben sie unseren Dank verdient. Ähnliche Fälle gab es aber leider auch bei anderen Banken und Strukturvertrieben. Grund genug für uns alle, dies parlamentarisch zu hinterfragen und womöglich unlautere Geschäftsmethoden gesetzgeberisch zu verhindern. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre hat aber der Bundesgesetzgeber - z. B. im April 2011 mit dem Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes und weiteren Maßnahmen der Aufsicht - schon gehandelt. Die Beratungspflichten auf dem Graumarkt wurden deutlich verschärft. Insbesondere die Kontrollregelungen für Graumarktgeschäfte wurden entscheidend verbessert und intensiviert.

Was die aufgelaufenen Fälle beim AWD betrifft, so sind dies Fälle für die Justiz, die entscheiden muss, wo die vorhandenen gesetzlichen Grenzen damals und heute überschritten worden sind oder werden. Für die Zukunft scheint mir wichtig, dass bei der Novellierung des § 34 der Gewerbeordnung gerade auch der bisherige Strukturvertrieb aufsichtsrechtlich den Vermittlern anderer Kreditinstitute gleichgestellt wird. Das heißt für mich nichts anderes, als dass wir im Novellierungsverfahren für eine Unterstellung bei der BaFin sorgen müssen. Alles andere ist in meinen Augen der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zu einem zweiten Komplex. Eine weitere Wertung der Linken steht schon fest: Die Politik in Niedersachsen sei käuflich - so die Pressemitteilung vom 22. Juni. Woraus schließen Sie das, liebe Kollegen der Linken? Die Antworten über Zusammenkünfte von Herrn Maschmeyer mit Ministerpräsidenten oder Ministern geben eine solche Bewertung meiner Meinung nach nicht her. Auch wenn Sie heute zu Recht hinterfragen, ob die Antworten vollständig sind: Bislang ergibt kein einziger Sachverhalt eine direkte Einflussnahme von Herrn Maschmeyer. Auch eine Teilnahme an Delegationsreisen ist in der Antwort nicht verzeichnet - auch wenn man natürlich auch hierbei hinterfragen kann, ob sie vollständig ist.

In Niedersachsen ist bislang kein Staatsanwalt - und das ist Fakt - mit Fällen von Vorteilsnahme, Korruption oder Bestechung in Sachen Maschmeyer befasst. Das mag Ihnen passen oder auch nicht. Auch in meinen Augen gibt es natürlich Dinge, die ein politisch-moralisches Geschmäckle haben, wie z. B. wenn ein Ministerpräsident bei Herrn M. in seiner Finca übernachtet. Das ist aber nicht justiziabel und nicht angreifbar. Das zeigt nicht, dass Niedersachsen eine Bananenrepublik ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, hier gibt es ja sacherfahrene Kollegen. Der Kollege Hocker als ehemaliger Referent von Herrn Maschmeyer weiß ja gut Bescheid. Ich habe eine sehr deutliche Meinung zum Lobbyismus, aber er gehört auch zum politischen Geschäft. Das Entscheidende ist, dass wir ihn transparent, offen und jederzeit nachprüfbar gestalten. Uns liegt zu diesem Thema eine Drucksache der Fraktion der Grünen vor, mit der wir arbeiten können, um die Dinge für die Zukunft vernünftig zu entwickeln. Dass vor dem Hintergrund von Zusammenkünften, Sommerfesten und Ähnlichem sofort der Schluss gezogen wird, dass wir uns in einer korrupten Bananenrepublik befinden, kann ich nicht nachvollziehen. Nichts ist justiziabel; es gibt keine neuen Fakten, die den bekannten Sachverhalt anreichern.

Meine Damen und Herren, zum NDR muss ich nichts sagen. Insgesamt - das will ich zusammenfassend feststellen - ist diese Große Anfrage in unseren Augen eigentlich nichts anderes als eine groß angelegte Skandalisierungsaktion,

(Glocke des Präsidenten)

ein Aufguss der Medienberichterstattung von vor einigen Monaten, an die man sich nun politisch, publizistisch und populistisch anzuhängen versucht. Dieser Versuch ist nach meiner Auffassung nicht gelungen. Es bleibt bei dem untauglichen Versuch,

(Zuruf von Victor Perli [LINKE])

wenngleich Sie mit Ihrer Pressemitteilung, Herr Perli, etwas anderes zu suggerieren versuchen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Victor Perli [LINKE])

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Haase, den Skandal mussten wir nicht durch Skandalisierung schaffen, der Skandal war schon da. Wir haben hier gehört, die Landesregierung würde Druck auf Redaktionen nicht begrüßen. In der Antwort auf unsere Anfrage haben Sie sich noch jeder Stellungnahme enthalten. Auch hier haben wir gerade wieder etwas von der Staatsferne des Rundfunks gehört. Wir haben von Ihnen gar nicht erwartet und Sie auch gar nicht darum gebeten, sich in die Programmgestaltung einzumischen. Wir haben Sie gefragt, wie Sie es bewerten, dass massiver Druck ausgeübt wurde.

Wenn Sie hier schon auf die Staatsferne verweisen, dann muss ich Ihnen sagen: Sonst sind Sie doch auch nicht so zart besaitet, wenn es darum geht, dass im niedersächsischen Tatort einige Niedersachsen etwas deppenhaft wegkommen und ein falsches Bild von ihnen gezeichnet wird. Darum kümmern Sie sich schon einmal. Aber wenn es um Pressefreiheit und Medienfreiheit geht, dann mischen Sie sich nicht ein. So funktioniert das nicht!

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bode, Sie haben gesagt, wir hätten die falsche Frage gestellt bzw. nur gefragt, welche Gesprächstermine es gegeben habe. Sie haben dann gesagt, der Nord-Süd-Dialog war ja kein Gesprächstermin. - Wissen Sie, was Herr Maschmeyer bei diesem Termin in die Mikros gesagt hat? Er hat gesagt, es seien ja eine Menge hochkarätige Leute bei dieser Veranstaltung, und natürlich wolle er mit einigen von ihnen reden. - Wir können doch wohl davon ausgehen, dass er Wulff auch zu diesen hochkarätigen Leuten zählt.

(Zustimmung bei der LINKEN - Unruhe)

Weiter hat er gesagt, dass er nicht sagen werde, mit wem er reden wolle, weil das natürlich immer auch vertrauliche Gespräche seien. - Ich finde es einigermaßen drollig, was Sie hier als Ausrede vortragen.

(Ulf Thiele [CDU]: Was Sie jetzt machen, ist drollig!)

Ich finde es erschreckend, dass wir quer durch das Haus hören, das alles sei ein ganz normales Ausmaß und eine ganz normale Intensität an Kontakten. Wenn das alles ganz normal ist, dann ist es umso schlimmer.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir glauben nämlich nicht, dass es z. B. dem Sprecher einer Arbeitsloseninitiative, der sich mit dem Ministerpräsidenten über die Situation von Hartz-IV-Empfängern unterhalten möchte, ebenso leicht gelingen würde, Gesprächstermine mit dem Ministerpräsidenten zu bekommen, wie z. B. Carsten Maschmeyer. Das ist das demokratische Defizit, was hier besteht.

(Beifall bei der LINKEN - Reinhold Coenen [CDU]: Ach, Frau Flauger, hören Sie doch auf!)

Sie haben dann auch noch darauf verwiesen, dass sich Regierungen ja geeigneter Beratungen bedienen müssten. Aber Carsten Maschmeyer als Berater in Finanzdienstleistungsfragen zu nutzen, ist ungefähr so, als würden Sie die bekannten Frösche fragen, wie man denn nun den Sumpf austrocknen sollte. (Zustimmung bei der LINKEN - Ulf Thiele [CDU]: Das ist ausdrücklich verneint worden, Frau Flauger!)

Wenn Sie hier auf die Eigenverantwortung von Verbrauchern verweisen, dann bitte ich Sie dringend, sich die Schulungsvideos des AWD anzugucken, die Sie im Internet finden können, sich auch die Stellungnahmen von Betroffenen anzusehen und sich einmal darüber zu informieren, wie viele Klagen Betroffener wegen Falschberatung vorliegen.

(Christian Grascha [FDP]: Da ist doch der Gesetzgeber schon tätig geworden!)

Sie sollten sich auch einmal darüber informieren, dass die Stiftung Warentest den AWD bis 2006 auf ihrer Warnliste hatte, und zwar aus guten Gründen. Wenn Maschmeyer sagt, es handele sich um bedauerliche Einzelfälle, dann kann man nur sagen: Das stimmt nicht; es handelt sich um Tausende, wenn nicht Zehntausende Geschädigter.

(Beifall bei der LINKEN)

Vonseiten der SPD, Kollege Haase, hören wir, wir würden einfach behaupten, der AWD habe Drückerkolonnen eingesetzt. Ja, bitte, das war so! Das ist völlig unstrittig!

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Das hat er gar nicht gesagt!)

- Wenn ich Sie da falsch verstanden habe, dann nehme ich das zurück. Aber eines ist klar: Der AWD *hat* Drückerkolonnen eingesetzt. - Daran gibt es nichts zu rütteln.

Herr Haase, wenn Sie sagen, all das, was in der Antwort auf die Große Anfrage stehe, sei kein Beweis dafür, dass es eine gewisse Beeinflussbarkeit, Käuflichkeit usw. gegeben habe, dann frage ich Sie: Für wie wahrscheinlich halten Sie es eigentlich, dass dieses Wechselspiel, diese zeitliche Abfolge von Aktionen und Reaktionen, die hier geschildert worden ist, zufällig zustande gekommen ist?

Um der Gerechtigkeit Genüge zu tun, will ich aber auch sagen: Herr Grascha, dass jetzt ausgerechnet Sie auf die SPD einschlagen, finde ich höchst erstaunlich. Die FDP hat zu Recht den Namen „Mövenpick-Partei“ bekommen. Das sollten wir an dieser Stelle nicht vergessen. Deswegen sollten Sie in dem hauchdünnen Glashäuschen, in dem Sie sitzen, nicht einmal Kieselsteine aufheben, um damit zu werfen. Das ist zu gefährlich. (Beifall bei der LINKEN - Christian Grascha [FDP]: Die Partei DIE LINKE hat doch auch eine Steuersenkung verlangt, oder nicht?)

Die CDU hat - um auch das einmal zu sagen - die Laufzeiten der AKWs verlängert, was nur den vier großen AKW-Konzernen zugute kam.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Ich frage mich, was an dieser Stelle das Motiv war.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie sind ja noch paralleler zur Wahrheit! - Gudrun Pieper [CDU]: Das ist ja schon schlimm!)

- Ja, das ist schlimm. Da haben Sie völlig recht. Das ist extrem schlimm.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Was Sie hier abliefern, ist schlimm!)

Ich will noch eines sagen: Ich finde es äußerst begrüßenswert,

(Ulf Thiele [CDU]: Sie vergaloppieren sich gerade! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

wenn der Bundespräsident die Entmachtung des Parlaments beklagt.

(Björn Thümler [CDU]: Da hat er recht!)

Damit hat er nämlich recht. Was er allerdings in all seinen Äußerungen nicht berücksichtigt, ist, dass eine Entmachtung der Parlamente auch da eintritt, wo Leute wie Maschmeyer Einfluss auf Politik ausüben und Politikerinnen und Politiker das mitmachen, solche Geschäfte und Wechselwirkungen betreiben und das alles zulassen.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Wo denn? Nennen Sie Beispiele! Werden Sie konkreter!)

Dass Maschmeyer versucht hat, zu verhindern, - - -

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Flauger, bitte den letzten Satz!

Kreszentia Flauger (LINKE):

- - - dass Oskar Lafontaine Kanzler wird, das ist das größte Kompliment, das er in seiner Laufbahn bekommen hat. (Christian Grascha [FDP]: Oskar Lafontaine hat doch auch von den Spenden profitiert!)

Das denke ich jedenfalls. Er hat mir am Telefon am Montag bestätigt, dass er es als großes Kompliment empfunden hat, dass Maschmeyer so viel Angst davor hatte, dass er in seine Geschäftspraktiken eingreift, dass er ihn verhindern wollte.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Wer hat denn vor Lafontaine Angst?)

[...]

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Thiele für die CDU-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Thiele.

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE ist der erkennbare Versuch, die Berichterstattung des NDR über die Firmengruppe Allgemeiner Wirtschaftsdienst Gesellschaft für Wirtschaftsberatung und Finanzbetreuung mit beschränkter Haftung - kurz: AWD - sowie deren langjährigen Geschäftsführer und heutigen Verwaltungsrat der Swiss Life Holding AG, Carsten Maschmeyer, für eine parlamentarische Initiative mit entsprechender Außenwirkung zu nutzen.

Meine Damen, meine Herren, man muss kein Freund von Herrn Maschmeyer sein, um festzustellen, dass dieser Versuch gewollt, aber offensichtlich nicht gekonnt war. Dass diese Große Anfrage keine großen Erkenntnisse bringen würde, dürfte jedem geneigten Leser

bereits nach der Lektüre des Fragenkatalogs klar gewesen sein. Diese Anfrage ist ohne Strategie, ziellos, sehr willkürlich, teilweise sogar sehr unpolitisch formuliert worden. Sie ist ein Konvolut von Fragen, die nicht mehr sind als das berühmte Stochern im Nebel.

(Zustimmung bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Herr Thiele, das ist jetzt aber billig!)

Ich will zu einigen Dingen, die von Frau Flauger und auch von Herrn Hagenah geäußert wurden, einmal Klartext reden.

Frau Flauger hat gesagt, die Landesregierung habe mit der Antwort auf diese Große Anfrage die Verfassung gebrochen. - Das ist ein großes Wort. Frau Flauger, Sie erwarten hier von einer Landesregierung erkennbar detektivische Bemühungen, die in einer solchen Antwort auf eine Große Anfrage mit bestem Willen nicht zu leisten sind. Das mögen Sie in Ihrer Freizeit oder mit Ihren Mitarbeitern gern tun können. Aber von einer Landesregierung ist das nicht zu erwarten. Daraus den Vorwurf eines Verfassungsbruchs zu konstruieren, ist einfach fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Gegenteil, die Antwort der Landesregierung hat offenbart: Wenigstens seit 2003, seitdem CDU und FDP die Regierungsgeschäfte übernommen haben, herrscht ein hohes Maß an Transparenz, insbesondere bei der Finanzierung von Veranstaltungen, bei Sponsoring, offensichtlich auch beim Führen von Kalendern und der Veröffentlichung solcher Termine. Also sind, mit Verlaub, die Vorwürfe, die hier in Teilen in den Raum gestellt worden sind, an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte ein Weiteres sagen und zunächst auf die Vorhalte eingehen, die hier in Richtung des Bundespräsidenten geäußert wurden. Ich finde es nicht in Ordnung - zumal das gestern und vorgestern auch in anderer Weise in diesem Hohen Hause thematisiert und inbrünstig zurückgewiesen wurde -, dass plötzlich, wenn es politisch opportun scheint, private Dinge in den Mittelpunkt einer politischen Diskussion geführt werden. Das gilt für private Fragen des Bundespräsidenten übrigens ganz genau so, Herr Hagenah, wie für die Frage nach der beruflichen Tätigkeit von Herrn Dr. Hocker in der Vergangenheit. Es ist unanständig, das in dieser Weise hier ins Feld zu führen und daraus irgendetwas konstruieren zu wollen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Enno Hagenah [GRÜNE]: Da waren Sie damals ganz anderer Ansicht, Herr Kollege!)

Es ist erkennbar, Herr Hagenah, dass das ausschließlich dem Ziel der Verunglimpfung von politisch andersdenkenden Personen gilt. Darum weise ich das mit aller Entschiedenheit zurück.

Dennoch habe ich die Antwort der Landesregierung aufmerksam gelesen. Den Ausführungen von Minister Bode und Herrn Kollegen Grascha bezüglich der gesetzlichen Regelungen zu Finanzberatung und Finanzdienstleistungen möchte ich mich ausdrücklich anschließen.

Zwei Punkte haben bei der Lektüre der Antworten der Landesregierung mein besonderes Interesse geweckt:

Der erste Punkt betrifft die Antwort des damaligen Niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder am 14. Mai 1998 auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Fischer in diesem Hohen Hause nach den - so wurde das damals titulierte - Gesprächs-, Geschäfts- und sonstigen Kontakten der Landesregierung zu Carsten Maschmeyer. Sie erinnern sich: Der Hintergrund war die mitten im Landtagswahlkampf 1998 landesweit erschienene doppelseitige Anzeige „Ein Niedersachse muss Kanzler werden“. Schröders Antwort damals hier im Landtag: „Mit Herrn Carsten Maschmeyer hat es zu keinem Zeitpunkt Gespräche gegeben“.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Das zu glauben, fiel schon damals extrem schwer. Heute wissen wir: Diese Aussage war parallel zur Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn die Schilderungen der damaligen Mittelstandsbeauftragten in Schröders Staatskanzlei haben ergeben, dass es bereits 1996 Kontakte zwischen der damaligen Landesregierung und Herrn Maschmeyer gegeben hat.

(Björn Thümler [CDU]: Ist ja nicht wahr!)

Im Klartext: Wenn Herr Schröder Pinocchio wäre, wäre ihm hier im Hohen Hause spätestens am 14. Mai 1998 eine ziemlich lange Nase gewachsen.

(Zustimmung bei der CDU - Hartmut Möllring [CDU]: Nein, der hatte Übung darin!)

Meine Damen, meine Herren, keiner von uns weiß, warum er sich so verhalten hat, aber es drängt sich zumindest der Eindruck auf, dass er mit dieser erkennbar nicht korrekten Antwort etwas zu verheimlichen hatte.

Der zweite Punkt. In den Ausführungen zu der Frage 14 - hier geht es um die Rolle der damaligen Mittelstandsbeauftragten der Staatskanzlei - heißt es, dass diese zwischen 1996 und 1999 gelegentlich dienstliche Kontakte zu Herrn Maschmeyer gehabt habe - das habe ich gerade erläutert -, u. a. im Zusammenhang mit der sogenannten Niedersächsischen Finanzdienstleistungsinitiative, die eine gemeinsame Bundesratsinitiative - Frau Flauger, jetzt müssen Sie leider zuhören - der Ministerpräsidenten Schröder und Lafontaine zu genau dieser Thematik zum Ergebnis hatte. Ich will hier zumindest anmerken, dass dieser Zusammenhang doch aufhorchen lässt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Enno Hagenah [GRÜNE])

Ich will allerdings auch deutlich sagen, dass sich mit dem Instrument der Großen Anfrage die Zusammenhänge ebenso wenig aufhellen lassen wie die Umstände des Abendessens, das am 14. Mai 1999 der damalige Ministerpräsident Glogowski mit der Initiative „Handwerk und Mittelstand“ - so hieß sie wohl - im Gästehaus der Landesregierung einnahm. Herr Maschmeyer gehört dieser Initiative nicht nur an. Wie wir heute wissen, finanzierte er sie auch maßgeblich.

Nicht aus der Antwort der Landesregierung, sondern aus dem „Panorama“-Bericht vom 28. April 2011 stammt die Information, dass die damalige Mittelstandsbeauftragte der Regierung Schröder diese Wahlkampfinitiative für den SPD-Kanzlerkandidaten Schröder im Bundestagswahlkampf 1998 mit Wissen und Billigung des damaligen Chefs der Staatskanzlei, Frank-Walter Steinmeier, dem heutigen SPD-Fraktionsvorsitzendem im Deutschen Bundestag, aus der Staatskanzlei heraus koordiniert hat.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Hört, hört!)

Gleiches gilt für eine angebliche anonymisierte Spende von 150 000 DM, die Herr Maschmeyer für den Schröder-Wahlkampf laut der genannten Mittelstandsbeauftragten mit Wissen und Billigung von Herrn Steinmeier über den markt intern Verlag in Düsseldorf gezahlt haben soll. Ein entsprechendes Schreiben des Chefredakteurs von *markt intern* wurde von Herrn Steinmeier jedenfalls paraphiert. Das Schreiben mit dem Kürzel von Herrn Steinmeier ist inzwischen auch veröffentlicht.

Sehr geehrte Frau Flauger, die Antworten auf Fragen nach solchen Vorgängen sind nicht seitens der jetzigen Landesregierung zu geben. Dort können kaum Erkenntnisse über die Wahlkampfführung und Wahlkampffinanzierung der Herren Schröder und Steinmeier in dieser Zeit vorliegen. Der richtige Adressat für Ihre Fragen sitzt von meiner Seite aus gesehen rechts neben Ihnen hier im Plenum. An diese Stelle müssen diese Fragen gerichtet werden.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass die SPD nicht bereit ist, diese Sachverhalt, die seit Monaten auf dem Tisch liegen, aufzuklären. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die SPD in Niedersachsen wie auch die Bundes-SPD nicht bereit sind, ihre Unterlagen zu der aus der Niedersächsischen Staatskanzlei gesteuerten SPD-Wahlkampfinitiative „Handwerk und Mittelstand“ im Bundestagswahlkampf 1998 offenzulegen.

(Björn Thümler [CDU]: Das geht ja gar nicht!)

Und ich habe kein Verständnis dafür, dass die SPD nicht bereit ist aufzuklären, wo die 150 000-DM-Spende von Herrn Maschmeyer gelandet ist, die laut dem Schreiben von Herrn Prümm, dem Chefredakteur des Verlags, von Herrn Steinmeier paraphiert über den markt intern Verlag in Düsseldorf abgewickelt werden sollte.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist ein Skandal!)

Herr Lies, mit dieser Totalverweigerung einer Aufklärung haben Sie - diese Bemerkung kann ich Ihnen nicht ersparen - dem Ansehen Ihres Bundestagsfraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier schwer geschadet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD: Das ist Blödsinn!)

Sie erwecken mindestens den Eindruck, als hätten Sie etwas zu verbergen.

(Zuruf von der CDU: So ist das! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie nicht, oder wie?)

Ich wiederhole meine Forderung an die SPD-Fraktion: Sorgen Sie in dieser Frage für Aufklärung dieser Sachverhalte, und klären Sie den Verbleib dieser 150 000 DM-Spende auf!

(Zustimmung bei der CDU)

Die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE hat hierfür keinen Beitrag leisten können. Sie hat nur die Verantwortung für die Aufklärung dieser Fragen an die falsche Stelle verschoben. Das bedauere ich sehr.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Thiele, Kompliment! Auch wenn es mir nicht zusteht, aber diese Wortschöpfung „parallel zur Wahrheit“ ist in der Tat bemerkenswert.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen, und zwar von Frau Flauger und von Herrn Haase. Zunächst Frau Flauger bitte!

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es äußerst interessant zu beobachten, wie hier zwischen den Seiten des Hauses Steine hin- und herfliegen - aus Glashäusern, die inzwischen in der Tat zerschreddert sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Thiele, hier ist gerade gesagt worden, wir könnten doch wohl keine „detektivischen Bemühungen“ erwarten. Wissen Sie, wie viel Zeit es mich gekostet hat, das herauszukriegen, was ich hier vorgetragen habe? - Zwei Stunden! Das ist doch nun wirklich nicht zu viel Aufwand für die Beantwortung einer Großen Anfrage einer Fraktion dieses Hauses.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern bleibe ich auch bei dem Wort „Verfassungsbruch“, weil Sie nach unserer Verfassung verpflichtet sind, solche Fragen nach bestem Gewissen und unverzüglich und vollständig zu beantworten.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Vollständig!)

Konkret zum Nord-Süd-Dialog. Sie sagen, wir könnten uns hier doch nicht mit Privatterminen befassen, und es sei doch unanständig, dass wir diese hier ins Spiel brächten. Wenn die Staatskanzlei auf ihrer Internetseite eine Veranstaltung überträgt, an der auch Herr Wulff teilnimmt und bei der Herr Maschmeyer der Hauptsponsor ist, wollen Sie mir dann erzählen, dass das ein Privattermin und kein Gesprächstermin sei und wir die falschen Fragen gestellt hätten?

(Ulf Thiele [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das sind wirklich untaugliche Verteidigungsversuche, die Sie hier unternehmen. Das ist wirklich total daneben und misslungen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

Sie unterstellen, das Ziel unserer Anfrage sei nur, irgendjemanden zu verunglimpfen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich kann Sie beruhigen: Das ist nicht der Fall. Aber irgendjemand muss sich ja darum kümmern, die Verhältnisse, die hier bestehen, aufzudecken und zu zeigen, wie unsere Demokratie gefährdet ist. Das war der Sinn und Zweck unserer Anfrage.

(Beifall bei der LINKEN - Christian Grascha [FDP]: Decken Sie doch erst einmal die Vergangenheit Ihrer eigenen Partei auf!)

[...]

Jörg Bode, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Flauger, Sie haben in Ihrer Kurzintervention erneut den Vorwurf erhoben, die Landesregierung habe auf die Frage 10 Ihrer Großen Anfrage nicht korrekt geantwortet. Diesen Vorwurf weise ich entschieden zurück. In Frage 10 Ihrer Großen Anfrage haben Sie nach den Gesprächsterminen der Niedersächsischen Ministerpräsidenten mit Carsten Maschmeyer in seiner Eigenschaft als Co-Vorstandsvorsitzender gefragt. Meine Antwort auf Ihre Frage, warum wir den Nord-Süd-Dialog nicht genannt haben, war allerdings nicht, dass es sich dabei um einen privaten Gesprächstermin und nicht um einen dienstlichen Gesprächstermin gehandelt hat, sondern meine Antwort war: weil es sich um gar keinen Gesprächstermin gehandelt hat.

Ich will Ihnen das kurz erläutern. Für die Landesregierung ist eine Veranstaltung externer Dritter mit fast 1 000 Teilnehmern, die weder von der Landesregierung noch von Herrn Maschmeyer ausgerichtet wird, auf der zufällig der Ministerpräsident und ein Geschäftsführer, Vorstandsvorsitzender oder was auch immer gleichzeitig sind, kein Gesprächstermin. Sie sind zufällig gemeinsam auf der gleichen Veranstaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie wissen wollen, wie oft die Ministerpräsidenten und Carsten Maschmeyer gleichzeitig auf der gleichen Veranstaltung waren

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Der Ministerpräsident ist nirgends zufällig!)

- der Zufall entsteht dadurch, dass beide gleichzeitig da waren, Herr Jüttner, und nicht dadurch, dass der Ministerpräsident da war; dass der Ministerpräsident dahin gegangen ist, war eine bewusste Entscheidung -, dann hätten Sie danach fragen müssen. Ich kann Ihnen aber sagen: Wir hätten ganz bestimmt nicht sicherstellen können, für die Jahre 1990 bis heute komplett zu beantworten, wann der Ministerpräsident und Carsten Maschmeyer oder eine andere Person gleichzeitig auf einer Veranstaltung Dritter waren, zumal dort fast 1 000 Leute waren.

Was Ihren zweiten Vorwurf angeht, dass Herr Maschmeyer vor laufenden Kameras erklärt habe, er wolle sich auf dieser Veranstaltung auch einmal unterhalten, so kann ich es mir durchaus vorstellen, dass man sich, wenn man mit fast 1 000 Leuten zusammen ist, auch einmal unterhält - spätestens dann, wenn man etwas zu trinken bestellt.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)